

Februar 2020 auch ein Büro in Moskau betreibt, Brandenburger und russischen Firmen, die richtigen Ansprechpartner im jeweils anderen Land zu finden. Partner des „Russian Desk“ ist neben Wirtschaftsfördergesellschaften auch die Stadt Guben.
Die Studie wurde im Herbst 2020 vom ifo Institut München im Auftrag der IHK Düsseldorf und dem Russland Kompetenzzentrum Düsseldorf erarbeitet. Beteiligt hatten sich auch die Deutsch-Russische Außenhandelskammer sowie neben anderen IHKs auch die aus Cottbus, Potsdam und Dresden.
Die Russland-Studie befasst sich mit den Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf den Außenhandel und die Wertschöpfung

Deutschlands, Russlands und der EU. Eine Unternehmensbefragung ergänzte die Studie um qualitative Aspekte.
Russland spielt nach Angaben der Studienautoren zwar als Handelspartner für Deutschland und die EU mit einem Exportanteil von gerade einmal zwei Prozent eine untergeordnete Rolle. Umgekehrt aber ist die EU bisher noch immer der wichtigste Handelspartner Russlands. Deutschland ist dabei einer der bedeutendsten.
Im Vergleich der EU-Staaten würde Deutschland damit am stärksten von der Abschaffung der Sanktionen profitieren. Der Zugewinn betrüge 0,156 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Auf das Jahr 2019 bezogen wären dies immer-

hin rund 5,4 Milliarden Euro. Den Handel deutscher Unternehmen beeinträchtigen die EU-Sanktionen am stärksten, gefolgt von den US-Sanktionen. Die russischen Gegenseanktionen haben dagegen kaum einen Einfluss.
Die Abschaffung der EU-Russland-Sanktionen würde sowohl für die EU als auch für Russland zu einem merklichen Zugewinn führen. Das russische reale Bruttoinlandsprodukt würde um 1,2 Prozent steigen. Es betrug 2019 circa 1510 Milliarden Euro. Der Verlust liege allein für dieses eine Jahr bei mehr als 18 Milliarden Euro.

- Abbildung:** Euro und Rubel. Der Riesenmarkt in Russland ist seit der Krim-Krise ein schwieriges Terrain für Brandenburger Firmen. Foto: Jens Büttner/dpa
- Abbildung:** Russland-Fachmann Thomas Brünig von der Bals Elektrotechnik GmbH in Freiwalde ist auch Vorsitzender des Außenwirtschaftsausschusses der IHK Cottbus. Foto: Thomas Goethe
- Urheberinformation:** ©LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Süddeutsche Zeitung vom 16.12.2020

Süddeutsche Zeitung

Autor: THOMAS HAHN
Seite: 20

Ausgabe: Hauptausgabe
Kommentar: AHK

„Zugeschüttet mit Geld“

Trotz hoher Staatsverschuldung gibt Tokio großzügig Wirtschaftshilfen. Auch deutsche Firmen profitieren – vorerst

VON THOMAS HAHN

Frank Oberndorff hat den Ärger nicht vergessen, den er mit der japanischen Pandemiepolitik hatte. Der Japan-Chef der Hamburger Handelsgesellschaft Illies beteiligte sich rege an den Beschwerden über den Einreisestopp für Ausländer aus Coronavirus-Staaten. Es durften keine Techniker ins Land, um Maschinen zu installieren. Geschäfte stockten. Einnahmen blieben aus, etwa die aus einem Fünf-Millionen-Euro-Auftrag in einer halbstaatlichen Druckerei. „Und na ja“, sagt Oberndorff trocken, „fünf Millionen haben oder nicht haben – das ist für ein mittelständisches Unternehmen, wie wir es sind, schon eine Wucht.“

Aber sein Ärger hat sich gelegt. Mittlerweile lässt Japans Regierung Geschäftsreisen unter Auflagen zu. Und wenn Oberndorff an die japanische Krisen-

hilfe denkt, kommt er richtig ins Schwärmen: „Die Begleitung dieser Misere durch die japanischen Banken war ganz toll.“ Der Staat habe „in Windeseile“ Garantien für neue Darlehen gegeben. „Innerhalb von sechs Wochen war das Geld da“, sagt Oberndorff. „Da gab es gar keine Engpässe. Ganz im Gegenteil. Die haben uns zugeschüttet mit Geld. Sagenhaft.“

Die Pandemie ist ein gigantischer Charaktertest für staatliche Krisenmanager, und Japans Regierung zeigt dabei ihr rechtskonservatives Profil. „Japan first“, „Wirtschaft first“ – das sind schon lange ihre Leitprinzipien. Shinz Abe, der im September nach fast achtjähriger Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen als Ministerpräsident zurücktrat, hat sie besonders konsequent verfolgt. Sein Nachfolger Yoshihide Suga setzt den Kurs fort. Was das bedeutet, spüren

deutsche Unternehmer im Guten wie im Schlechten.

Japan first. Das hieß zunächst einmal, dass die Regierung die Einheimischen mit strammen Maßnahmen vor ansteckenden Menschen aus anderen Ländern schützte. Bis in den Spätsommer hinein durften selbst Ausländer, die in Japan wohnen und Steuern zahlen, nur in Ausnahmefällen ins Land zurück. Wäre Frank Oberndorff in dieser Zeit privat mit seiner japanischen Frau nach Deutschland gereist, hätte seine Frau zurückkehren dürfen, er nicht. Oberndorff blieb in Japan, diese Ungleichbehandlung störte sein Geschäft nicht – der Einreisestopp für die Techniker dagegen sehr.

Illies vertritt rund 150 Maschinenhersteller, die Investitionsgüter nach Japan verkaufen, teilweise riesige Maschinen, die man nicht einfach via Online-Schalte

montieren kann. Die japanischen Kunden konnten die Maschinen nicht nutzen, die sie gekauft hatten. Bis die Regierung die Beschränkungen im September aufweichte.

Seither darf Illies Techniker ins Land holen. Diese müssen drei Tage vor der Abreise einen Negativtest vorlegen. Am Flughafen werden sie noch mal getestet. Sie müssen zwei Wochen in Isolation und dürfen sich danach im Rahmen ihres eingereichten Zeitplans bewegen. „Das haben wir hingekriegt“, sagt Oberndorff. „Aber man kann nicht sagen, dass es flutscht.“ Die deutsche Auslandshandelskammer (AHK) Japan bestätigt das. Nach ihrer neuesten Umfrage sehen immer noch 79 Prozent der deutschen Unternehmen die Reisebeschränkungen als größte Herausforderung für ihr Geschäft. Trotzdem sagt AHK-Geschäftsführer Marcus Schürmann: „Unserem Eindruck nach hat sich die Konfliktsituation entspannt.“

Und die Wirtschaft-first-Linie gibt dem Manager Oberndorff zumindest vorerst ein Gefühl der Sicherheit. Japans Bürokratie wirkt oft wie ein undurchdringlicher Wald. Bei der Corona-Wirtschaftshilfe war das anders. „Die Prüfung durch die Behörden fand ich vergleichsweise überschaubar“, sagt Oberndorff. Die Gespräche mit der Bank nennt er „unangestrengt“. Der Kreditantrag ging komplett durch. „Wir haben im Vergleich zur Vorpandemiezeit unsere Kreditlinie insgesamt verdoppelt.“ Obern-

dorffs Firmenkollegen in Deutschland warten noch auf die Genehmigung ähnlicher Darlehen.

Illies ist das älteste ausländische Unternehmen in Japan, gegründet 1859 in der Präfektur Nagasaki. Vielleicht war das ein Bonus. Aber letztlich ist Oberndorffs Erfahrung ein Ausdruck für Japans sehr lockeren Umgang mit Geld und Schulden. Kein anderes Land schießt in der Pandemie so schnell so viel Geld in seinen Markt. Vergangene Woche verabschiedete das Kabinett in Tokio das nächste mächtige Stimuluspaket, das auch Anreize für Digitalisierung und weniger Kohlenstoffemissionen umfasst. Wert: 73,6 Billionen Yen (583,2 Milliarden Euro). Man werde Arbeitsplätze sichern und Geschäfte aufrechterhalten, erklärte Premierminister Suga. Rund 40 Billionen Yen Steuergeld sollen in das Paket fließen. Es ist der dritte Nachtragshaushalt, nachdem die Abe-Regierung schon Extrabudgets von 58 Billionen Yen sicherte. Unter anderem wird das Programm „Go to Travel“ trotz steigender Infektionszahlen und zweiwöchiger Unterbrechung ab 28. Dezember von Januar bis Juni verlängert; die Regierung subventioniert damit Inlandsreisen und Konsum. Von außen sieht es so aus, als schöpfe Japan aus einem unermesslichen Reichtum.

Allerdings hat das Land die höchste Staatsverschuldung der Welt. In enger Abstimmung mit der Nationalbank finanziert die Regierung immer neue

Investitionen über den Verkauf von Staatsanleihen. Schon länger streiten Ökonomen darüber, ob die drittgrößte Volkswirtschaft der Erde mit dieser Praxis des Gelddrückens und Schuldenschlucksens ewig Erfolg haben kann. Bisher hat es funktioniert. Auch für deutsche Unternehmen. In der jüngsten Umfrage der AHK Japan gaben 29 Prozent der deutschen Firmen in Japan an, von den Hilfen Gebrauch gemacht zu haben. „Diese wurden online abgewickelt, und die Auszahlungen erfolgten zügig“, sagt Marcus Schürmann.

Frank Oberndorff wirkt entspannt. Er musste keinen der 65 Mitarbeiter in den drei japanischen Illies-Büros entlassen. „So wie es jetzt aussieht, sage ich, ja, wir überleben die Pandemie.“ Aber eine Lebensversicherung ist selbst die japanische Geldpolitik nicht. Das Marktforschungsinstitut Tokyo Shoko Research meldet, 2020 werde es in Japans Restaurantgewerbe so viele Pleiten geben wie noch nie. Und wenn das Einreisen 2021 schwierig bleibt, wenn die Kundschaft sich weiter Budgetstopps verschreibt oder wegen Viruswellen nicht investieren will – „dann wird es für alle schwierig“, sagt Frank Oberndorff. Auf Dauer hilft nur ein Ende der Pandemie.

Die Kunden konnten die Maschinen nicht nutzen, weil Techniker nicht ins Land durften

Abbildung:

Ein Containerterminal in Tokio. Die Regierung des Landes gibt viel Geld aus, um die Wirtschaft in der Pandemie am Laufen zu halten. Foto:Charly Triballeau/AFP

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München